



Pressemitteilung

„Soziale Arbeit in Not“ – bunter Protest vor dem Landeshaus

Aktionsbündnis Soziales warnt vor Folgen der
Kürzungen / Sparpakete „zurück an Absender“

Rund 3.000 Menschen aus allen Teilen des Landes und vielen Bereichen der sozialen Arbeit protestierten heute gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen im Sozialetat. Zu der Demonstration vor dem Kieler Landtag hatte das Aktionsbündnis Soziales aufgerufen, ein Zusammenschluss der Freien Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaft ver.di und der Betriebsräte sozialer Einrichtungen. Die Bündnispartner kritisieren, dass die vorgesehenen Streichungen die heutige soziale Landschaft in Schleswig-Holstein stark verändern würden, da zahlreiche kleinere Vereine, Projekte und Angebote aufgeben müssten. Bei der Demonstration machten Nutzer von Angeboten des sozialen Sektors, Ehrenamtler und hauptberuflich Beschäftigte ihrem Unmut Luft und gaben symbolisch „Sparpakete“ zurück an die Politik. Abgeordnete der Landtagsfraktionen und Gäste, darunter Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, gaben Statements ab.

„Wir wollen uns notwendigen Sparplänen nicht verweigern“, betonte Bündnis-Sprecher Georg Falterbaum, Geschäftsführer der Caritas und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (LAG FW). Doch das Wie und Wann seien problematisch: „Das Land will innerhalb von zehn Jahren Stellen abbauen, wir müssen das innerhalb von sechs Monaten.“ Vernünftiger Strukturwandel und sozialverträglicher Abbau seien so nicht möglich. Günter Ernst-Basten, Vorstand des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein und stellvertretender Vorsitzender der LAG FW, sagte, es sei wichtig, die Tragfähigkeit des sozialen Netzes zu bewahren: „Wie vielfältig dieses Netz ist, zeigt diese Demonstration.“

Sozialminister Heiner Garg verteidigte vor der lautstarken Menge die Kürzungspläne: Nur so bewahre das Land seine Handlungsfähigkeit und werde zukunftssicher. Dagegen erklärte Irene Johns vom Kinderschutzbund: „Wer bei Kindern spart, spart die Zukunft kaputt.“ Sabine Hebenstein (ver.di) bestätigte das und kündigte weitere Proteste an. Matthias Göpfert vom Bündnis der Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen sozialer Einrichtungen verwies auf die hohe Arbeitsbelastung, die aufgrund der Kürzungen noch steige: „Wir werden zu hilflosen Helfern.“

Wie sich die Sparpläne auf ihre Arbeit auswirken würden, berichteten Abgesandte verschiedener Gruppen und Projekte des sozialen Sektors, darunter von den KIBIS-Beratungsstellen, von Selbsthilfegruppen und ehrenamtlichen Vereinen. Gerade diese würden nach jetzigem Stand besonders unter den Kürzungen leiden.

Das Aktionsbündnis Soziales wird sich in den kommenden Wochen und Monaten weiter für den Erhalt sozialer Leistungen einsetzen. Es repräsentiert eine Vielzahl von Einrichtungen und Gruppen der sozialen Arbeit im ganzen Land. Insgesamt stellen die Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein rund 70.000 Vollzeit-Arbeitsplätze, mehrere Hunderttausend Menschen engagieren sich freiwillig.

Kiel, 17.06.2010

Für Rückfragen:

Günter Ernst-Basten
Vorstand
Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein
Tel. 0431 - 56 02 12